

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionsvorsitzenden von CDU, UWD und FDP in der Dieburger Stadtverordnetenversammlung

Unterbringung von Flüchtlingen in der Schlossgartenhalle

Von der bevorstehenden Unterbringung von Flüchtlingen in der Schlossgartenhalle haben wir bislang ausschließlich über die Medien sowie einige betroffene Vereins- und Elternvertreter erfahren, erstmals im Rahmen der Pressemitteilung des Kreises vom 05.12.2022. Eine Unterbringung unserer Fraktionen durch den Bürgermeister hat es bis in diesem Moment nicht gegeben (08.12.2022, 15 Uhr). Auch haben uns keine Dokumente über die getroffene Entscheidung erreicht. Insofern können wir unsere vorläufige politische Einschätzung lediglich abstützen auf die Faktenlage, wie sie in der bisherigen Berichterstattung des DIEBURGER ANZEIGERS dargestellt worden ist.

Es ist allseits nachvollziehbar, dass der Kreis die ihm zugewiesenen Flüchtlinge ausgewogen und bedarfsgerecht innerhalb des Kreisgebiets zu verteilen hat. Auch Dieburg kommt in diesem Zusammenhang eine Verantwortung zu und ein angemessener Teil der Aufgaben ist zu schultern.

Die konkrete Umsetzung im hiesigen Falle säht aber große Zweifel, dass die Interessen der Dieburger Schulkinder und Vereine hinreichend berücksichtigt worden sind. Seit März 2020 waren sie bekanntlich harten Einschränkungen und Belastungen im Zuge der Corona-Pandemie ausgesetzt. Nun, frisch nach Rückkehr in den Normalbetrieb, wird ihnen mitgeteilt, dass sie ab Januar die Schlossgartenhalle nicht mehr nutzen können. Es drängen sich vor allem drei Fragen auf, die dringend zu klären sind:

- (1) Es gibt in Dieburg mehrere leerstehende Gebäude. Ist deren Interimsverwendung ausreichend geprüft worden? Wenn ja, warum sind diese Alternativen allesamt verworfen worden?
- (2) Seit vielen Monaten ist bekannt, dass der Flüchtlingsstrom nach Hessen wieder steigen wird. Warum hat man nicht rechtzeitig für Container-Unterkünfte gesorgt? Und warum kann aktuell noch nicht einmal ein voraussichtliches Enddatum für die Unterbringung in der Schlossgartenhalle genannt werden?
- (3) Es wurden keine örtlichen Ersatzangebote für die betroffenen Vereine und Schulkinder bekannt gegeben. Über welches Konzept wird sichergestellt, wie ab Januar der betroffene Vereins- und Schulsport an Ausweichstandorten fortgesetzt werden kann?

Spätestens nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie ist allgegenwärtig, welche hohe Bedeutung Sport und Bewegung für unsere Kinder haben, sei es in der Schule oder im Verein. Es muss eine politische Selbstverständlichkeit sein, alles für die Abwendung neuer Einschränkungen zu tun. Und sollte es tatsächlich unvermeidbar sein, ist zumindest im gleichen Atemzug

ein sachgerechtes Ersatzangebot zu präsentieren. Das war erkennbar jedoch nicht der Fall. Stattdessen wird der Eindruck einer brachialen Vorgehensweise erweckt, bei der die Schaffung überzeugender Übergangslösungen für unsere Schulkinder und Vereinsmitglieder massiv vernachlässigt wurde.

Wie der Berichterstattung zu entnehmen ist, befindet sich der Bürgermeister bereits seit geraumer Zeit in der Abstimmung mit den zuständigen Kreisbehörden. Es ist unverständlich, warum er sich mit Blick auf die sensible Standortfrage innerhalb des Stadtgebiets kein Meinungsbild in den Fraktionen des Stadtparlaments eingeholt hat. Zu den Hintergründen der Entscheidung sehen wir erheblichen Klärungsbedarf. Deshalb werden wir unter anderem den Stadtverordnetenvorsteher bitten, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung (am 19.12.2022) zu setzen.

Dieburg, 08.12.2022

Gez.

Renée Exner (CDU)

Benjamin Koch (FDP)

Klaus Thomas (UWD)